

Warum Normen für Gewerkschaften wichtig sind

Nachbericht zum hybriden Workshop am 24. November 2023

Normen werden nicht nur für technische Innovationen und Lösungen entwickelt. Sie spielen ebenso im Dienstleistungsbereich eine Rolle. So können sie auch Standards im Human Resource-Bereich setzen – für die Gesundheit am Arbeitsplatz oder im Recruitingverfahren. In einzelnen Kollektivverträgen wird auf bestimmte Normen hingewiesen, zum Beispiel bezüglich der Qualifikationskriterien.

Zudem können Normen verbindlicheren Charakter bekommen, wenn in Gesetzen oder in öffentlichen Ausschreibungen auf sie verwiesen wird. Normen sind zwar freiwillig und Empfehlungen, durch das Referenzieren bspw in Gesetzgebung können sie sich aber in der Praxis zu faktischen Vorgaben verwandeln bzw verbindlich werden.

Für Gewerkschaften sind Normen besonders relevant, wenn sie in die betriebliche Personalarbeit Einfluss nehmen. Das können Anforderungen für die Arbeitsbedingungen oder Fragen des Gehalts sein.

Beim hybriden Workshop zum Thema „Normen – Warum sie für Gewerkschaften wichtig sind“ wurden am 24. November 2023 die Bedeutung von Normen und die Grenzen für Normungsaktivitäten aus gewerkschaftlicher Sicht diskutiert. Vertreter:innen von nationalen und europäischen Gewerkschaften sowie Expert:innen von Sozialpartnern, Normungsorganisationen und politischen Institutionen loteten gemeinsam aus, wie sich Gewerkschaften und Sozialpartner aktiver in die Normung einbringen können. Die Veranstaltung fand bei Austrian Standards statt.

Aktive Teilnahme und Strategie nötig

Susanne Wixforth, stellvertretende Abteilungsleiterin in der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Wien, moderierte den Workshop und eröffnete mit einem großen Danke an alle Gäste, Vortragenden und Austrian Standards als Gastgeber. In ihren einführenden Worten betonte Wixforth, dass Normung zunehmend Bereiche nicht technischer Natur und damit immer mehr Stakeholder betreffe. Umso wichtiger für Gewerkschaften sei deshalb die aktive Teilnahme am Normungsgeschehen und ein strategisches Vorgehen rund um das Thema.

Dem schloss sich EGB- bzw ÖGB-Präsident **Wolfgang Katzian** in seiner Videobotschaft an. So kennen und schätzen wir alle viele technische Normen, wie die DIN-Papierformate, allerdings müsse das Vordringen von Normen in Management- und Dienstleistungsbereiche seit den 2000-er Jahren kritisch beurteilt werden. Katzian warnte etwa vor dem Einfluss von Normen auf die Arbeitsplatzgestaltung und vor einer Aushebelung von Arbeits- und Sozialrechten. Vor allem, dass die Normen abseits der Öffentlichkeit und quasi ohne aktive Beteiligung der Sozialpartner entstehen, sieht der EGB- bzw ÖGB-Präsident als problematisch an und forderte eine stärkere Inklusivität im Normenwesen.“

Normen sind Schutzschild und Speerspitze

Karl Grün, Director Standards Development bei Austrian Standards, stimmte zu, dass spätestens seit Verabschiedung der EU-Normungsstrategie die politische und strategische Bedeutung von Normen erkannt worden ist. Herausforderungen, wie Klimawandel, Kriege und Digitalisierung würden zwangsläufig Fortschritt und Veränderungen bringen. Seit mehr als hundert Jahren schaffen Normen Voraussetzungen für menschengerechte Arbeitsbedingungen sowie hohe Sicherheitsstandards – im individuellen ebenso wie im öffentlichen Interesse. Schließlich seien bspw die Folgekosten von Gesundheitsschäden von der Allgemeinheit zu tragen. Normungsinstitute, wie Austrian Standards,

seien neutrale Plattformen, die alle Stakeholder aktiv einladen, ihre Expertise in den Komitees einzubringen.

Grün betonte, dass Normen zum Beispiel im Bereich Arbeitsschutz ein Erfolgsmodell sind, da sie genaue Vorgaben machen, wie Arbeitsschutzmittel beschaffen sein müssen, die so exakt in keinem Gesetz möglich wären. Rund ein Viertel aller Arbeitsunfälle in der Baubranche könne mit der Einhaltung von Normen verhindert werden. Standards seien wie Speerspitzen und Schutzschild für die Interessen europäischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, betonte Grün in Hinblick auf den internationalen Wettbewerb, insbesondere mit China. Normen seien auch ein Fundament europäischer Werte und Hebel im Verbraucherschutz. Abschließend stimmte Grün dem EGB- bzw. ÖGB-Präsidenten zu, dass das Normungswesen vor den Vorhang geholt werden muss und lud alle Sozialpartner ein, Normen aktiv mitzugestalten.

Thomas Fischer, Abteilungsleiter Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), war für sein Statement live aus Deutschland zugeschaltet. Für ihn sind technische Standards ein Stück Sicherheit für Verbraucher:innen und ein Instrument im internationalen Wettbewerb. Im nicht-technischen Bereich ortete Fischer einige gute Gründe, warum Normung ein Thema für Gewerkschaften seien. Schließlich würden sie vermehrt in Bereiche des Arbeitsrechts dringen. So würden wichtige Regulierungsbefugnisse vom Staat an das Normungswesen delegiert. Fischer sieht neue Potenziale der Einflussnahme für die Gewerkschaften. Er forderte, Betriebsräte dahingehend zu informieren und sieht in der Normung auch einen Hebel zur Stärkung der Betriebsräte. Eine rote Linie zog Fischer für alle Regeln, welche die Sozialpartner betreffen. Diese dürfen nicht durch Normen ersetzt werden, warnte Fischer, denn das Mitspracherecht der Sozialpartner müsse in Human Resource-Angelegenheiten immer gesetzlich gesichert sein.

Berichte aus der Praxis

Nach den einführenden Worten folgten drei interessante Präsentationen über die Erfahrungen bei der Beteiligung von Gewerkschaften am Normenwesen in der Praxis:

Astrid Schwarzwald von der Austrian Cockpit Association referierte über die Herausforderungen bei der Entstehung von Normen am Beispiel Kabinenluft-Standard in Flugzeugen. Denn obwohl allen Stakeholdern bewusst ist, dass die Kabinenluft in Flugzeugen durch Rückstände aus den Turbinen verschmutzt und für das Kabinenpersonal ungesund ist, war es nicht möglich, einen Konsens aller beteiligten Stakeholder im Normungsgremium zu finden. So berichtete Schwarzwald von der Arbeit im Gremium und die Schwierigkeiten bei der Definition von Grenzwerten. Nach jahrelangen Gesprächen und Verhandlungen konnte man sich am Ende nur auf einen „Technical Report“ einigen und keinen Standard beschließen. Die Initiative ging in diesem Fall von Arbeitnehmervertreter:innen aus. Das Problem konnte nicht gelöst werden, meinte Schwarzwald, aber man werde weiter daran arbeiten.

Michael Bretschneider-Hagemes vom Arbeitnehmerbüro KAN sprach über Normen im Feld „Psychische Arbeitsbelastung“ und ihre Bedeutung für Betriebsräte. Wenn es um Mindeststandards im Arbeitsschutz geht, braucht es Gesetze und keine Normen, zeigte er sich überzeugt. Normen seien kein geeignetes Mittel zum Schließen von Gesetzeslücken. Konkret würde zum Beispiel die DIN EN ISO 10075 Reihe „Psychische Belastungen“ definieren, was unter Belastung oder Stress am Arbeitsplatz zu verstehen sei. In Teil 2 der Normenreihe greifen Gestaltungsgrundsätze in die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen ein, kritisierte Bretschneider-Hagemes. Den ersten Vorschlag aus dem zuständigen Gremium zur Definition von Stress bezeichnete er als falsch, da in der ersten Fassung individuelles Verhalten stärker gewichtet wurde als objektiv vorhandene Belastungen. Dank des Engagements des Arbeitnehmerbüro KAN wurde die Formulierung geändert und die

Arbeitnehmerbank gestärkt. Außerdem werden jetzt auch soziale Faktoren berücksichtigt. Ein anschauliches Beispiel dafür, wie wichtig der Einsatz von Gewerkschaften in der Normung ist.

Anna Daimler von Vida und **Hannes Schneller** von der AK Wien sprachen über Normen als Teil eines Rahmenkollektivvertrags. In Österreich sind 98 % der Arbeitsverhältnisse von unselbstständig Beschäftigten durch Kollektivverträge gedeckt. Das betrifft rund vier Millionen Arbeitnehmer:innen. Seit 1920 werden Kollektivverträge von den Sozialpartnern verhandelt. Wenn darin auf Normen verwiesen wird, wodurch sie zu Rechtsnormen werden, so solche Normen zu veröffentlichen, forderte Schneller. Vor allem dynamische Verweise seien kritisch zu beurteilen, ergänzte Daimler, da sich dadurch Inhalte automatisch, also ohne demokratische Abstimmung, ändern können. Ein dynamischer Verweis wäre beispielsweise die Formulierung „laut letztgültiger Fassung“.

Normen sind kein Ersatz für Gesetze

Nach einer Pause voller inspirierender Gespräche referierte **Claes-Mikael Ståhl**, stv. Generalsekretär des EGB, über die Rolle des EGB im europäischen und internationalen Normungsgeschehen sowie über die roten Haltelinien. Er unterstrich die schützende Rolle von technischen Normen, von Arbeitsschuttmitteln über Kinderspielzeug bis hin zum Wettbewerb am Binnenmarkt. So wären Normen eine wichtige Triebkraft für Innovationen. Normen sind auch Eckpfeiler des internationalen Handels, zeigte sich Ståhl überzeugt. Nun sei es aber an der Zeit, dass sich das Normungswesen an die Veränderungen in der Gesellschaft anpasst. Normen seien nun nicht mehr allein von der Industrie für die Industrie geschaffen, sondern betreffen immer öfter auch Dritte, also Konsumentinnen und Konsumenten oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das private Normungswesen könne weder Gesetze noch Tarifverhandlungen ersetzen. Normen können aber Arbeitsplätze verbessern und Konvergenz nach oben schaffen, war Ståhl überzeugt. Umso wichtiger sei es für Gewerkschaften, sich aktiv am Gestaltungsprozess von Normen zu beteiligen.

Rote Linie bei Drittwirkung

Die anschließende Podiumsdiskussion moderierte **Julia Vazny** von der AK Wien. **Helmuth Perz** als Vertreter des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sieht die Gruppe der Konsument:innen in den Normungsgremien unterrepräsentiert. So mangle es an Ressourcen, um sich aktiv in den Gremien zu engagieren. **David Hafner** vom ÖGB ortet ähnliche Probleme von Seiten der Arbeitnehmervertretungen. Auch ihnen mangle es oft an Zeit und je nach Thema an Fachwissen, um die Gremien sinnvoll zu besetzen. **Tim Joris Kaiser**, EU Ständige Vertretung, stimmte zu, dass die Themen in den Normungsgremien oft sehr komplex sind.

Als Speerspitze und Schutzschild für Beschäftigte und Konsumenten und Konsumentinnen und in Anbetracht der geopolitischen Situation müssen die Prozesse aber beschleunigt werden, gab Kaiser zu bedenken, um nicht von Wettbewerbern wie China abgehängt zu werden. Tempo dürfe jedoch nicht auf Kosten von Qualität oder Beteiligungsprozessen gemacht werden, betonte **Michael Bretschneider** von der Kommission Arbeitsschutz und Normung. Er zeigte sich überzeugt, dass Gewerkschaften und Sozialpartner Strukturen schaffen und Möglichkeiten, wie die Teilnahme an Einspruchssitzungen, wahrnehmen müssen.

Europäische Strukturen seien „extrem wertvoll“ und dürfen nicht unterschätzt werden. Außerdem wäre mehr Transparenz von Beginn an wünschenswert. Das würde die Arbeit nicht nur erleichtern, sondern auch beschleunigen, ist Bretschneider sicher, da Einsprüche und Bedenken frühzeitig einfließen könnten. **Karl Grün** betonte, dass sich die Normungsinstitute als neutrale Plattformen verstehen, die alle Stakeholder an einen Tisch bringen wollen. Und, dass der faire Dialog in den Gremien im Vordergrund stehe. Der Ressourcenknappheit könne man durch Prioritätensetzung

zumindest ein wenig entgegen. Für mehr Tempo im Beteiligungsprozess könnte auch eine frühere Einbindung von Studien und Expert:innen sorgen, schlug Grün vor.

Die Vertreter:innen der Gewerkschaften und Sozialpartner waren sich abschließend einig, dass eine rote Linie dort gezogen werden muss, wo Normen eine Drittwirkung haben. Auch darüber, dass sich die Gewerkschaften noch intensiver und organisierter in die nationale und europäische Entwicklung von Normen einbringen müssen, herrschte ein klarer Konsens.